
N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Stadtrates am 21.06.2023

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 19:20 Uhr
Sitzungsort: Dessauer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft (DVV), großer Saal, Albrechtstr. 48, 06844 D.-R.

Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf**, eröffnet die Sitzung, stellt die ordnungsgemäße Einladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit mit derzeit 34 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, gibt bekannt, dass die im Tagesordnungspunkt 7.25 eingeordnete Beschlussvorlage „**Änderung der Geschäftsordnung**“ (FV/013/2023/V-StR) **zurückgezogen** wird, da es hierzu neue Informationen gibt. Die Vorlage wird in einer der nächsten Sitzungen des Stadtrates behandelt. Des Weiteren wird die im Tagesordnungspunkt 7.16 eingeordnete BV/115/2023/III-67 „**Freigabe der Aufgabenstellung und Durchführung der Planungsausschreibung zum Stadteingang Ost – Umgestaltung der Mühleninsel**“ seitens des Einreichers **zurückgezogen**, da der entsprechende Stadtbezirksbeirat beteiligt werden muss. Die Beschlussvorlage soll dann zur nächsten Sitzung des Stadtrates behandelt werden.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, beantragt, die im Tagesordnungspunkt 7.1 eingeordnete Vorlage „**Festlegung des künftigen Standortes der Schule für geistig Behinderte (Regenbogenschule)** - FV/012/2023/StR - **zu vertagen** und in der nächsten Sitzung des Stadtrates zu behandeln. Er verweist auf die fehlende Beratung im zuständigen Stadtbezirksbeirat.

Herr Geiger, fraktionslos, und Herr Picek, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, sprechen sich ebenfalls für eine Vertagung des Tagesordnungspunktes 7.1 aus.

Herr Fricke erklärt, als einer der Einreicher der Beschlussvorlage, für die **SPD-Fraktion**, dass die Beschlussvorlage nicht zurückgestellt wird, da diese unter anderem in 4 Ausschusssitzungen intensiv diskutiert worden ist.

Herr Weber, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste, spricht sich gegen eine Vertagung des Tagesordnungspunktes 7.1 aus, da dieses Thema in einer aufwendigen Intensität besprochen wurde.

Frau Bahn-Kunze, Fraktion CDU, verweist darauf, dass schon oft Stadtbezirksbeiräte und Ortschaftsräte nicht gehört wurden und trotzdem die Beschlüsse gefasst worden sind.

Herr Hoffmann, 2. Stellv. Vorsitzender des Stadtrates und Fraktion Die Linke, legt dar, dass über den Tagesordnungspunkt 7.16 nicht entschieden wird, weil der Stadtbezirksbeirat nicht angehört wurde, aber der Tagesordnungspunkt 7.1 soll ohne die Anhörung des Stadtbezirksbeirates behandelt werden.

Herr Ratzmann, Fraktion AfD, bittet um Abstimmung, ob der Punkt 7.1 auf der Tagesordnung verbleibt, oder nicht.

Herr Hans-Peter Dreibrodt, erklärt für die Freie Fraktion Dessau-Roßlau als Miteinreicher der Vorlage, dass die Beschlussvorlage auf der Tagesordnung bleiben soll.

Der **Antrag**, die im **Tagesordnungspunkt 7.1** eingeordnete Beschlussvorlage bis zur nächsten Sitzung des Stadtrates **zurückzustellen** und bis dahin den entsprechenden Stadtbezirksbeirat zu beteiligen, wird mehrheitlich **abgelehnt**.

(11:24:01)

Die **Tagesordnung** wird, ohne die Tagesordnungspunkte 7.16 und 7.25, **geändert beschlossen**. (31:03:02)

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, meldet sich zur Geschäftsordnung und bittet um Prüfung, inwieweit der Antrag einer Fraktion ausreicht, um einen Tagesordnungspunkt zu vertragen.

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, erwidert, dass laut KVG das Votum einer Fraktion für die Vertagung in einen beschließenden Ausschuss ausreichend wäre. Da die Beschlussvorlage in den beschließenden Ausschüssen aber schon beraten wurde und es um die Vertagung in einen beratenden Ausschuss geht, reicht dieses Votum nicht aus.

Während der Behandlung des Tagesordnungspunktes erscheinen Herr Paul, Fraktion AfD und Herr Kaßner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste zur Sitzung. (36)

3 Genehmigung der Niederschrift vom 26.04.2023.

Herr Berghäuser, Fraktion Die Linke, verweist darauf, dass Herr Dreibrod in der Niederschrift ohne Vornamen genannt ist. Da es zwei Stadträte mit gleichem Nachnamen gibt, sollte das zukünftig beachtet werden. Des Weiteren ist Herr Stadtrat Geiger mehrmals in der Anwesenheitsliste aufgeführt.

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, sagt die Aufnahme der Hinweise zu.

Mit den redaktionellen Änderungen wird die Niederschrift genehmigt. (37:00:00)

Während der Behandlung des Tagesordnungspunktes erscheint Herr Kellner, Fraktion CDU, zur Sitzung. (37)

4 Berichte des Oberbürgermeisters

4.1 Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck informiert über folgende Angelegenheiten im Berichtszeitraum vom 26. April bis 21. Juni 2023:

Termine

- Am 19. Juni 2023 hat Herr Wessel als Leiter des Referates Sportförderung seine Tätigkeit aufgenommen.
- Am 3. Mai 2023 wurde der Deichabschnitt Kleutsch fertiggestellt.
- Am 8. Mai 2023 fand in der Marienkirche der Bürgerdialog zum Einzelhandels- und Zentrenkonzept statt.
- Am 9. Mai 2023 besuchte die BUGA-Kommission unsere Stadt.
- Vom 11. bis 14. Mai 2023 war die Stadt zum 15. Mal Gastgeber für das Stadt-Lesen.
- Am 09.06.2023 fand die „Nacht der Berufe“ statt.

- Am 8. Juni 2023 wurden Frau Susanne Dudicz und Herrn Gerald Manske im Rahmen des 8. Sinfoniekonzertes der Anhaltischen Philharmonie die Titel Kammermusikerin bzw. Kammermusiker verliehen.

- Am 8. Juni 2023 fanden Workshops zum Stadtteilentwicklungskonzept in Roßlau statt.

- Am 9. Juni 2023 fand der Sommerempfang der Wirtschaft mit der Verleihung von Gründer- und Unternehmenspreisen statt.

Einbürgerungen

Seit der letzten Berichterstattung wurden 30 Personen eingebürgert. Dabei handelt es sich um 11 Frauen, 10 Männer und 9 Kinder. Die Eingebürgerten stammen aus Syrien, der Ukraine, Brasilien, Guinea und dem Irak.

Dekita:

Dem Eigenbetrieb DeKiTa ist es gelungen, die im Rahmen des Förderprogramms STARK III geförderten Investitionsmaßnahmen erfolgreich zu beenden.

Um diesen Abschluss zu würdigen, findet eine Eröffnungsfeier des Teilneuanbaus in der Kita Luisenkinder am 23.06.2023 um 15:00 Uhr statt.

Die Hortkinder des Hortes Waldwichtel (GS Waldstraße) in Roßlau werden ihr eigenes Gebäude pünktlich zum Schuljahresbeginn am 17.08.2023 um 14:00 Uhr erstürmen.

Die KiTa Bremer Stadtmusikanten wird zur Freigabe ihres Außengeländes nebst Skulptur der „Bremer Stadtmusikanten“ am 01.09.2023 um 14:00 Uhr ein Sommerfest veranstalten.

Der Eigenbetrieb hat ein gut besuchtes Kinderfest am 01.06.2023 im Stadtpark feiern können.

Während der Behandlung des Tagesordnungspunktes erscheint Herr Hartmann, Fraktion SPD, zur Sitzung. (38)

4.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck gibt bekannt, dass in der Sitzung des Stadtrates am 26.04.2023 keine nichtöffentlichen Beschlüsse gefasst wurden.

4.3 Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck informiert, dass im Berichtszeitraum keine Eilentscheidungen getroffen wurden.

5 Einwohnerfragestunde - Beginn ca. 16:20 Uhr

Es wurden keine Einwohnerfragen vorgebracht.

6 Öffentliche Anfragen und Informationen 6.1 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, verweist auf das Problem der Waschbären, die zunehmend zur Gefahr im öffentlichen Raum werden. Das gleiche betrifft die Wildschweine. Mit der Abänderung der neuen Dezernate gab es in der Zuordnung und Aufgabensetzung, bspw. für den Stadtjäger, einiges nachzubessern. Er stellt die Fragen, wer aktuell für diesen Komplex zuständig ist, welche Maßnahmen es gibt, um dieser Problematik entgegenzuwirken, wie sieht es mit der angekündigten Auffrischung der Ausrüstung des Stadtjägers aus und wie ist im Zuge eines solchen Prozesses die Arbeitszeit geregelt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erklärt, dass das Tiefbauamt zuständig ist. Die Fragen werden schriftlich beantwortet.

Herr Geiger, fraktionslos, erfragt den Sachstand zum Prüfauftrag der weiteren Umsetzung der Ehrenamtskarte. Es ging darum, zu prüfen, wie die Ehrenamtskarte optimiert und ehrenamtsfreundlicher gestaltet werden kann.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Hans-Peter Dreibrodt, Freie Fraktion Dessau-Roßlau, legt dar, als er am 14. Juni 2023 den Bericht zur letzten Ortschaftsratssitzung in Kleinkühnau in der Mitteldeutschen Zeitung las, wo unter der Überschrift „Zankapfel Junkersfest“ ausführlich über den Streit der künftigen Finanzierung dieser Veranstaltung berichtet wurde, traute er seinen Augen nicht. Die Auseinandersetzung zwischen dem Kleinkühnauer Ortsbürgermeister und Stadtrat Hendrik Weber der das Junkersfest künftig als eines

der Stadtfeste behandelt sehen möchte und dem Ortschaftsrat Ralf Schönemann, der auch Stadtrat ist, und das Junkersfest weiter als Dorffest sehen möchte, ist zwar interessant, war aber nicht das, was er mit Verwunderung feststellen musste. Erstaunlich war vielmehr die Tatsache, dass sich Herr Schönemann in seinem Bemühen, die Bedeutung von Junkers für Kleinkühnau herauszustreichen, auch damit brüstete, dass sich „durch die neu erschlossene Kleinkühnauer Siedlung Große Lobenbreite Straßennamen von Persönlichkeiten im Dienste Junkers wie ein roter Faden ziehen.“ Man könnte diese Äußerung mit der Feststellung abtun, da hat sich mal wieder einer mit fremden Federn geschmückt. Doch so banal ist dieser Vorfall nicht, denn, wie war es damals im Jahr 2016 wirklich, als im Stadtrat Dessau-Roßlau die Straßennamen für die Kleinkühnauer Siedlung Lobenbreite anstanden. Stadtrat Ralf Schönemann, der damals noch Ortsbürgermeister von Kleinkühnau war, wollte in seiner Bauhausstadt Dessau-Manie den unsinnigen Plan durchsetzen, alle Straßennamen in der Großen Lobenbreite nach Bauhäuslern zu benennen. Seine Begründung war, dass es einmal eine städtebauliche Vision des Bauhäuslers Mies-van-der Rohe gab, die eine Junkerssiedlung aus vier zusammengesetzten Wohnsiedlungen für 20.000 Menschen zwischen den Kienfichten und dem Kühnauer Park vorsah und so den Stadtteil Ziebigk-Siedlung mit Groß- und Kleinkühnau verbinden sollte. Diese Vision ist jedoch nie zur Ausführung gekommen, geschweige denn in Ansätzen weiter verfolgt worden. Die Dessau-Roßlauer Stadträte erkannten diesen Unsinn und wiesen Herrn Schönemanns Plan in aller Deutlichkeit zurück. Allein dieser Aufmerksamkeit der damaligen Stadträte, an der er maßgeblich beteiligt war, ist es zu verdanken, dass die Straßen der Kleinkühnauer Siedlung „Große Lobenbreite“ heute alle Namen von bedeutenden Junkersingenieuren tragen und das ist gut so. Deshalb bittet er Herrn Schönemann darum, nicht immer wieder wahre Geschehnisse und Sachverhalte zu seinem mutmaßlichen Vorteil zu verdrehen, sondern stets bei der Wahrheit im Stadtrat und im Ortschaftsrat zu bleiben.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, erwidert, dass Herr Hans-Peter Dreibrodt nicht auf alle Informationen, wo auch immer sie herkommen, setzen sollte, wenn sie nicht stimmen. Die Geschichte mit den Junkersstraßen-Namen hatte er in dieser Sitzung nicht erwähnt, sondern es war ein Beitrag des Kollegen, der diese Dinge begleitet und abgeleitet hat, dass diese Traditionspflege in Kleinkühnau, was Junkers betrifft, eine Geschichte ist, die gesetzt ist, was mit der Grundschule und der Namensgebung passt. Was die Problematik betraf, dass die Straßennamen nach Bauhäuslern benannt werden sollten, hatte den Grund, dass die Stadt zu bestimmten Dingen bis dato keinerlei Bezug zu bestimmten Personen hatte. Es ging auch nicht darum, irgendetwas Exorbitantes in Szene zu setzen, sondern es war die damalige Planung von Mies-van-der Rohe und den Junkerswerken. Dieses Label sollte damals eine Würdigung erfahren. Dass es eine andere Mehrheit gab, hat er akzeptieren müssen, was die Wahrheit ist. Er bittet Herrn Dreibrodt darum, nicht weiterhin nach irgendwelchen Dingen zu suchen, die dann am Ende solche „kurze Beine“ haben.

Herr Mrosek, Fraktion AfD, greift das Thema Stadttäger auf und legt dar, dass diese Stelle im Tiefbauamt nicht richtig angesiedelt ist, sondern zum Ordnungsamt gehört, wie sie früher auch war. Dort holt er sich seine Schießgenehmigung und hat

einen kurzen Weg, weshalb er darum bittet, eine Neuordnung zu überdenken. Bezüglich der Arbeitszeitregelung verweist er darauf, dass, wenn nachts etwas passiert, die Kreisjäger das übernehmen müssen, da der Stadtjäger nachts nicht arbeiten darf. Das sollte kompensiert, oder ein weiterer Stadtjäger eingestellt werden, um mit einem Nachtdienst die bereits angesprochene Problematik bezüglich des Wildes sicherzustellen.

Herr Mrosek stellt weiterhin die Frage, wie die Stadt bei einer Großstörung aufgrund des Stromnetzausfalles vorbereitet ist, welche Maßnahmen sind entscheidend, wenn es zu einem Blackout kommt. Der Hintergrund dieser Frage ist eine Vorlage der EU-Kommission.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erwidert, dass es natürlich Notfallpläne gibt, was im Ausschuss für Bürgeranliegen, öffentliche Sicherheit und Umwelt vorgestellt werden sollte. Soweit erforderlich, wird dann auch eine schriftliche Beantwortung erfolgen.

Frau Ehlert, Fraktion Die Linke, bezieht sich auf die im letzten Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung behandelte Analyse zur Abarbeitung der geplanten Investitionen für das Jahr 2023. Geplant sind 89 Mio. Euro, umgesetzt sind 12 %, Soll waren 33 %. Sie stellt an Frau Bürgermeisterin Lohde die Frage, ob es möglich ist, im nächsten Stadtrat eine Information darüber zu geben, wie dieser Sachstand verbessert und beschleunigt werden kann. Heute steht eine weitere Investition auf der Tagesordnung mit geplanten 15 Mio. Euro. Jetzt wird von 40 Mio. Euro gesprochen, so dass zu den 89 Mio. Euro noch einmal 35 Mio. Euro dazukommen. Alle wissen, dass maximal 30 Mio. Euro im Jahr umgesetzt werden können. Immer wieder gibt es dieses Aufbauschen des Investitionshaushaltes.

Frau Lohde, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Bauen und Stadtgrün, entgegnet, dass eine ganzheitliche Betrachtung Sinn macht. D. h. es ist keine Frage allein an das Dezernat III, warum die Investitionen nicht abfließen, sondern ein Frage der gesamten Verwaltung.

Herr Jacob-Uwe Weber, Ortsbürgermeister Mosigkau, stellt die Frage, wann die Jugendlichen mit einer verbindlichen Ausschreibung für die Honorarstelle des Jugendtreffs Mosigkau rechnen können. Der Ortschaftsrat stellt seit dem 4. April sicher, dass der Jugendtreff Mosigkau 5 Stunden am Freitag im Ehrenamt betreut wird, d. h. außerhalb der Tätigkeit als Ortschaftsrat. Das kann über den Sommer hinaus nicht mehr geleistet werden. Alleine für seine Ehefrau und ihn hat das über 60 Arbeitsstunden in dieser Zeit bedeutet, was nicht unerheblich neben der Tätigkeit als Ortschaftsrat ist. Bedauerlich ist, dass dieses Thema, trotz erheblichen Briefwechsels, Auftritten im Jugendhilfeausschuss und persönlichen Gesprächen, heute noch einmal zur Sprache gebracht werden muss. Er bittet um eine verbindliche Antwort, wann die Jugendlichen mit einem Ausschreibungstext auf der Stadtseite rechnen können.

Er hat vor kurzem per Brief einen Hilferuf der jungen Leute bekommen, dass das mit der Stellenbesetzung noch nicht geklappt hat, erwidert **Herr Oberbürgermeister Dr. Reck**. Daraufhin hat er sein Referat noch einmal beauftragt, nach Möglichkeiten, diese Ausschreibung selbst auf den Weg zu bringen, zu suchen. Dem zuständigen Fachreferat sollten aber noch einmal alle Informationen zukommen, insbesondere wieso es bisher im Jugendbereich nicht möglich war, diese Stelle zu besetzen. Wenn eine Stelle ausgeschrieben wird, die gerade die Betreuung von Kindern und Jugendlichen betrifft, werden alle Informationen benötigt. Seinerseits spricht nichts dagegen, diese Stelle zu besetzen. Wichtig ist, dass es eine Person ist, die integer ist. Alles andere muss geklärt werden.

Frau Hachmann, Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Senioren, ergänzt, dass sie Herrn Weber und allen, die sich dort ehrenamtlich einsetzen, dankt. Vom Jugendamt und ihr hat Herr Weber fachliche Unterstützung signalisiert bekommen. Man ist sehr daran interessiert, dass ein ehrenamtliches Engagement in der Stadt gewürdigt wird.

Herr Jacob-Uwe Weber verweist darauf, dass er das Gesagte schon seit einer geraumen Zeit hört und die Jugendlichen nicht ohne Grund nicht mehr dabei sind. Wenn man Jugendliche erlebt, die seit Anfang des Jahres regelmäßig um eine Lösung bitten und über 6 Monate keine Lösung gefunden wird, braucht man sich nicht wundern, dass diese frustriert weggehen. Er bittet darum, dieses Thema verbindlich, wenigstens in den nächsten 14 Tagen, zu benennen.

Eine Antwort ist sicher möglich, aber die Stellenbesetzung ist in so kurzer Zeit nicht möglich, erwidert **Herr Oberbürgermeister Dr. Reck**.

Um die Stellenbesetzung geht es noch nicht, sondern um die Stellenausschreibung, da man evtl. jemanden für diese Stelle hat, erwidert **Herr Jacob-Uwe Weber**.

Herr Hendrik Weber, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste, erklärt, er hat bereits 3 mal gefragt, warum bisher für die Lagerung von 3,5 Tausend Tonnen Bauschutt in der Braunschen Lache von Seiten der Stadtverwaltung keine Gebühr erhoben wurde. Die Maßnahme, die der Grund für die Ablagerung dort ist, wurde durch Mittel der Europäischen Union, des Bundes und des Landes gefördert. Es gehört dann auch dazu, das zu entsorgen. Es gibt eine Gebührensatzung, die für jeden gültig ist. Auf mehrfache Nachfrage hat er nur erfahren, dass keine Lagerungsgebühr für diese Müllablagerung erhoben wurde. Es steht der Vorwurf der Untreue im Raum, wenn Mitarbeiter nach einer bestehenden Satzung Gebühren nicht erheben.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck kann sich an keine Anfrage mit irgendwelchen Gebührenordnungen erinnern, das wird aber geklärt.

Herr Hendrik Weber entgegnet, er hat vor anderthalb Wochen gefragt, welches Amt für die Erhebung dieser Gebühren zuständig ist. Geantwortet wurde, dass das Tief-

bauamt zuständig ist, auch für diese Flächen. Er hatte auch ausdrücklich gesagt, dass er heute nachfragen wird. Deshalb versteht er nicht, warum er jetzt erneut keine Antwort erhält.

Herr Säbel, Leiter des Tiefbauamtes, erhält das Rederecht und führt aus, dass Herr Weber das Telefonat mit einem seiner Mitarbeiter geführt hat. Dieser hat mitgeteilt, dass eine schriftliche Antwort vereinbart wurde. Deshalb wird er auch über Frau Lohde die Antwort bekommen.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, geht auf die Jugendbetreuung in der Stadt ein und bemerkt, dass seit Monaten, fast seit Jahren, eine unglückliche Vorgehensweise besteht. Es macht Mühe, junge Leute zu motivieren, eigenverantwortlich die Dinge zu organisieren. Es besteht das Problem, dass die zuständige Gesetzeslage für Jugendfreizeit etliche Jahre alt ist. Was das Konzept betrifft, muss sich der entsprechende Fachausschuss Gedanken machen, wie zeitgemäß mit diesem Thema umgegangen wird, was neuer Methoden und Vorgehensweisen bedarf. In Kochstedt wurde versucht, das zu richten, wobei 1 Tag dabei herausgekommen ist. Er selbst hat über Jahre mit dem Kultur- und Heimatverein den Jugendklub dort im Ehrenamt aufrechterhalten. Es muss möglich sein, über Eigenverantwortlichkeit, nicht zuletzt von jungen Leuten, unter Begleitung des Fachamtes, aber nicht unbedingt unter ständiger Betreuung, den Jugendklub zu führen. Er bittet darum, für die Zukunft ein Konzept zu erstellen, um gerade in dem Bereich der Jugendfreizeit in den Wohngebieten, in den Ortschaften, eine Lösung zu finden, um bei den jungen Leuten auch anzukommen und am Ende ein gemeinschaftliches Projekt transportieren zu können.

Herr George, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste und Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses, schlägt die Erarbeitung eines Leitfadens durch den Fachausschuss, gemeinsam mit dem Jugendamt, vor, da die Partizipation bei der Eigenverantwortlichkeit der Jugendlichen endet. Das ist das Maximum, was erreicht werden kann. Das wird in Kühnau wunderbar gelebt und ist vorzeigbar, was auch in anderen Ortschaften erreichbar ist. Es muss aber zwischen der Aufgabe des Jugendhilfeausschusses unterschieden werden, deren Aufgabe die Jugendhilfeplanung ist. Die Jugendfreizeit ist nicht mehr inbegriffen, weil nur die Projekte, die vom Jugendamt finanziert werden, auch bestimmt werden können. Dieser Leitfaden sollte Stellenausschreibungen, Empfehlungen, vielleicht auch Mustertexte für Stellenausschreibungen etc., enthalten und den Ortschaften gegeben werden.

Herr Hendrik Weber, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste, stellt klar, dass Herr Schönemann als Ortsbürgermeister stets und immer die Jugendarbeit in Kühnau, auch in den Zwischenjahren, aufrechterhalten hat. Aber die Arbeit für die Jugend ist Sache des Amtshauses Kühnau e.V. gewesen. Herr Schönemann hat immer voll inhaltlich diesen Verein bei der Durchführung unterstützt. Insofern dankt er Herrn George für die Aussage, dass in Kühnau aus der Kraft des Ortes heraus, das die ganzen Jahre aufrechterhalten wurde. Der Ortschaftsrat bekommt auch viel Geld von der Stadt für die Betriebskosten.

Herr Horváth, Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit, teilt mit, dass sich Herr Dirk Merkel bereiterklärt hat, die Durchführung des Weihnachtsmarktes für die Jahre 2023 und 2024 abzusichern. Der Weihnachtsmarkt wird, wie in den vergangenen Jahren, stattfinden. Zur Finanzierung bzw. zur Art und Weise der Zurverfügungstellung der Eisbahn gibt es verschiedene Varianten, die derzeit verwaltungsintern und in Absprache mit Herrn Merkel geprüft werden. Dazu wird es eine Beschlussvorlage geben, die entsprechend in die Gremien eingebracht und zur Entscheidung vorgelegt wird.

Während der Behandlung des Tagesordnungspunktes erscheint Frau Grabner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste, zur Sitzung. (39)

- 6.2** **Jährliche Berichterstattung an die Kommunalaufsichtsbehörde zur Entgegennahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA im Zeitraum 31. Mai 2022 bis 10. April 2023**
Vorlage: IV/018/2023/I-OB

Herr Mrosek, Fraktion AfD, hat festgestellt, dass viele Betriebe, Vereine und Privatpersonen für die Stadt gespendet haben, was einen Beifall wert sein sollte.

Die Informationsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

- 6.3** **Sachstand zur Standortentscheidung Förderschule für Geistigbehinderte**
Vorlage: IV/026/2023/IV-40

Nach Erläuterungen zur Informationsvorlage durch **Frau Hachmann, Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Senioren**, wird die Informationsvorlage zur Kenntnis genommen.

7 **Beschlussfassungen**

- 7.1** **Festlegung des künftigen Standortes der Schule für geistig Behinderte (Regenbogenschule)**
Vorlage: FV/012/2023/StR

Herr Fricke, Fraktion SPD, führt als **Miteinreicher der Vorlage** aus, dass in vier stattgefundenen Ausschusssitzungen über diese Vorlage diskutiert wurde. Der Ursprung dieser Beschlussvorlage ist die vor einigen Monaten vorgelegte Machbarkeitsstudie, deren Ergebnis nicht den Vorstellungen entsprach, womit sich erklärt, warum diese Machbarkeitsstudie heute schlecht geredet wird. Er räumt das Manko ein, dass nur kommunaleigene Grundstücke betrachtet wurden, auch in der Vorauswahl, aber nur deshalb, weil die Verwaltung das so machen wollte. Die Machbarkeitsstudie war eine Vorlage der Verwaltung. Was den Standort Breite Straße anbelangt, mag die Machbarkeitsstudie gewisse Mängel haben. Die Bernburger Straße ist aber unter jedem Gesichtspunkt ein sehr gut geeigneter Standort. So erklärt sich allerdings auch, mit welchem Aktionismus gehandelt wurde. Intern, wie extern, wurde er bedrängt, die Vorlage zurückzunehmen. Das oberste Organ ist der Stadtrat und dieser wird entscheiden, wo die Regenbogenschule gebaut wird. Wichtig ist, dass offen darüber geredet wird. Es geht nicht darum, Politik zu machen. Es muss offen diskutiert und zu einem Ergebnis gekommen werden. Die weiteren Einreicher, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste und die Freie Fraktion Dessau-Roßlau werden noch ergänzende Einführungen geben.

Herr Fricke bittet die entsprechenden Fraktionsmitarbeiter um Verteilung einer Tischvorlage zur Beschlussvorlage, wozu Herr Fackiner Ausführungen machen wird. Er stellt weiterhin fest, dass der Neubau der Regenbogenschule eine gesetzliche Pflichtaufgabe und auch eine moralische Pflicht ist, sich darum zu kümmern. Herr Puttkammer hat im Ausschuss für Gesundheit, Bildung und Soziales ausgeführt, dass es beschämend ist, dass sich lange Jahre niemand darum gekümmert hat und die Bedürfnisse dieser Schüler ignoriert wurden, welche die Schwächsten dieser Gesellschaft sind. Darüber diskutieren wir, also über die Notwendigkeit dieser Förderschule, die Bedürfnisse dieser Kinder in gesetzlicher Weise so zu erfüllen, wie es diesen Kindern zusteht. Die Diskussion der letzten Wochen hat zunehmend eine andere Richtung genommen. Es wird über Stadt- und Quartiersentwicklung gesprochen als Primat in dieser Diskussion. Die Schüler geraten dabei aus dem Blickfeld. Hauptaugenmerk und Gegenstand der Entscheidung sind diese Kinder. Im Februar 2022 wurde mit der Machbarkeitsstudie die Prüfung dreier Grundstücke beschlossen, was eine Vorlage der Verwaltung war, die mit Änderungen angenommen wurde. Dann ist nichts passiert. Hätte er die Vorlage nicht eingereicht, wäre nichts passiert. Jetzt wird ein vierter Standort vorgeschlagen. Der aufkommende Aktionismus kommt ihm hilflos vor. Die Machbarkeitsstudie hat ein eindeutiges Ergebnis, welches Zustimmung auf breiter Basis erlangt. Er bringt noch einen Aspekt bei der Gewichtung Schüler und Stadtentwicklung ins Spiel. Als Begründung für die Einbringung des 4. Standortes zu diesem späten Zeitpunkt wurde u. a. genannt, dass Kosten in Höhe von 15 Mio. Euro angedacht waren. Dann wurde gemerkt, dass es 40 Mio. Euro kostet und der Standort sein muss, wo es für die Stadtgestaltung gebraucht werden kann. Der Umkehrschluss ist, hätte es nur 15 Mio. Euro gekostet, hätte es der Standort Leipziger Tor sein können. Abschließend bittet Herr Fricke um Zustimmung zur Vorlage und um eine offene und ehrliche Diskussion.

Herr Fackiner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste, und Miteinreicher der Beschlussvorlage, verweist ebenfalls auf die Diskussion in den Ausschüssen und auf die Machbarkeitsstudie. Die Regenbogenschule wurde besichtigt und einige Stadträte waren in Berlin und haben sich dort eine Schule angeschaut. Der Moment des Handelns ist jetzt da. Er dankt dem Büro Dingfest für die Erarbeitung einer kleinen Architekturstudie, um zu sehen, wie es an der Bernburger Straße aussehen kann und was den Stadträtinnen und Stadträten jetzt ausgereicht vorliegt. Der Skizze kann der Hauptvorteil des Standortes, nämlich Platz, entnommen werden. In dem Entwurf handelt es sich um eine zweigeschossige Ausführung, die sich wie geschützte Arme um einen Innenbereich bildet, der Ruhe hat und rundherum viel Platz für andere Nutzungen. In der Diskussion hat ihn ein Argument für den Alternativstandort zum Nachdenken gebracht. Ein Impuls für Investitionen im Umfeld durch eine gestalterische Aufwertung. Das haben wir nötig, aber in der Endabwägung sieht er die Bedarfe der Kinder vorrangig, was für die Bernburger Straße spricht. Der Standort in Dessau-Nord wäre nur ein Ersatzimpuls, für den die DWG zuständig ist. Mit der Informationsvorlage, der Machbarkeitsstudie und der vorliegenden Skizze gibt es eine Entscheidungsgrundlage. Der Standort Bernburger Straße ist schneller umsetzbar, es gibt weniger Hindernisse, es ist preiswerter und für die Kinder besser geeignet. Laut Ausführungen des Schulleiters in Berlin kommen autistische Kinder zunehmend in die Schule, die sehr lärmempfindlich sind. Die Gesamtsituation ist in der Bernburger Straße weitaus besser, was auch die eindeutige Reaktion der Lehrer- und Elternschaft der Regenbogenschule zeigt. Es gibt keinen Grund, jetzt noch einmal für Monate Personal zu binden, wenn die Entscheidung so klar ist. Er möchte nicht, dass nach hinten tritt, was diese Stadt in Schulen, Kindergärten und Sonderschulen geleistet und investiert hat, was einmalig in Sachsen-Anhalt ist. Er bittet um Zustimmung der Vorlage.

Herr Hans-Peter Dreibrodt, Freie Fraktion und Miteinreicher der Beschlussvorlage, verweist darauf, dass diese Beschlussvorlage für die Fraktion und ihn persönlich eine Herzenssache ist. Die Vorzüge des Standortes Bernburger Straße versetzt die Stadt in die Lage, dort ein erstklassiges Projekt zu realisieren und unverzüglich zu handeln, was dringend geboten ist. Das jetzt noch hastig vorgebrachte Grundstück, was in den vier Ausschusssitzungen gnadenlos durchgefallen ist, ist viel zu aufwendig, kompliziert und unsicher, kostet mehr und bringt erheblichen Zeitverlust. Das sind Dinge, die wir nicht haben, nicht brauchen und die nicht gewollt sind. Zu Herrn Mirco Kirschner, dem Präsidenten vom Wirtschafts- und Industrieclub Anhalt e. V., welcher laut eigener Aussage seine erste Aufgabe darin sieht, „die gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder zu vertreten“, bemerkt er, dass dieser und seine rund 60 Clubmitglieder als die Wirtschaftsweisen unserer Stadt aufspielen. Seine Presseerklärung und die E-Mails an die Stadträte zum Standort Regenbogenschule sind allein vom Ton her eine Zumutung. Er begnügt sich nicht mit Hinweisen, sondern stellt Forderungen auf und lässt erkennen, dass er die Intelligenz und Kompetenz des Stadtrates gering schätzt und nur sich selbst als denjenigen sieht, der weiß, was gut und was schlecht für Dessau-Roßlau ist. Geht man auf den Inhalt seiner Einlassung ein, muss festgestellt werden, dass er nur Plattitüden zur sogenannten Innenstadtbelebung abgibt, die er offensichtlich wie das goldene Kalb umtanzt

und wie eine heilige Kuh verehrt. Das verzweifelte Schreiben des Elternrates beinhaltet die Sorgen und Nöte der behinderten Kinder und deren Eltern, was für Herrn Kirschner und seine Clubmitglieder offensichtlich nachrangig und nicht wirklich von Interesse ist. Mit dem Auswahlprozess der Verwaltung und dem Stadtrat zum möglichen Standort und vor allem mit dem Inhalt und dem Ergebnis der aufwendigen Machbarkeitsstudie hat sich dieser Club nicht ansatzweise befasst. Das sollte den Stadtrat nicht davon abhalten, heute eine Entscheidung zu fällen und die Bernburger Straße als Standort für den Neubau der Regenbogenschule zu beschließen.

In der sich anschließenden Diskussion verweist **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, darauf, dass es legitim ist, wenn es im Ansatz Gedanken zur Nachbesserung gibt, weshalb niemand gering geschätzt werden sollte, selbst wenn der Wirtschafts- und Industrieclub sich in dieser Form äußert. Diese Art der Auseinandersetzung ist unnötig.

Herr Schönemann stellt zur Problematik folgende Fragen:

1. Wer hat die Studie in Auftrag gegeben, wie und wo wird die Aufgabenstellung gefunden?

2. Wer ist namentlich verantwortlich für den Prozess im Zuge der Erarbeitung dieser Studie (städtisch bzw. es gibt ein Fachbüro, was angekauft worden ist).

Das Quartier und der Standort brauchen eine ganzheitliche Betrachtung und Entwicklung. Es gibt also Handlungsbedarf, nicht nur an der Schule, sondern im gesamten Umfeld. Die Fraktion wollte dem Oberbürgermeister und seinem Fachbereich noch eine Chance zum Nachjustieren einräumen. Wenn es am Ende die Bernburger Straße ist, sind allerdings noch zu viele Fragen offen. Es geht um die Kinder, die dringend eine zeitgemäße Beherbergung brauchen. Diesbezüglich ist sicher Zeit, um das eine oder andere zu betrachten. Es geht um die beste Lösung im Interesse der Kinder.

Nach der Besichtigung der Areale Bernburger Straße und Friederikenstraße, ist er in seiner Meinung bestärkt, dass die Außenanlagen in der Friederikenstraße nicht ausreichend sind, selbst wenn die Blöcke dort zurückgebaut werden, erklärt **Herr Herbst, Fraktion CDU**. Die Kinder benötigen einen geeigneten großflächigen Platz, wo sie auch im Freien beschult werden können. Deshalb wird sich die Fraktion der CDU zur Bernburger Straße positionieren. Der Prozess muss jetzt einen Abschluss finden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck führt aus, dass er vor 2 Jahren den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt das Versprechen gab, die Innenstadt zu stärken und ihre Entwicklung zu fördern. Diesem Bekenntnis und dem Wohl der Stadt zu dienen, fühlt er sich verpflichtet. Attraktivität und Funktionsvielfalt in der Innenstadt sind für das Wohl der Stadt und ihrer Bürger von erheblicher Bedeutung, bestimmen Aktivität, Lebensqualität, Wohlbefinden und eine positive Wahrnehmung der Stadt als Wohn-, Wirtschafts-, Kultur-, Freizeit- und Lebensstandort.

Auch die Regenbogenschule befindet sich im Zentrum der Stadt und soll nun in die Bernburger Straße verlegt werden. Der angestammte Schulstandort würde aufgegeben werden und das Stadtzentrum wieder eine Schule verlieren. Das Verlegen eines zentralen Schulstandortes für Kinder und Jugendliche mit besonderem Förderbedarf, der mit der Regenbogenschule seit Jahrzehnten im Stadtzentrum in einer relativ peripheren Lage besteht, ist für ihn nicht sozial und entspricht nicht seiner Vorstellung von einer inklusiven Stadtgesellschaft. Daher hat er die Verwaltung beauftragt, einen passenden und in kommunaler Hand befindlichen zentralen Standort im Umfeld der Regenbogenschule zu prüfen, der gefunden wurde. Er dankt Frau Bürgermeisterin Lohde, Herrn Schmidt und allen beteiligten Kolleginnen und Kollegen.

Eine Verlegung des Schulstandortes der Regenbogenschule in die Bernburger Straße ist für die Entwicklung des Stadtzentrums und für unserer Stadt und ihre Bewohner aus seiner Sicht nachteilig. Er wird daher bei einem Stadtratsbeschluss pro Bernburger Straße von seinem Recht Gebrauch machen, Widerspruch einzulegen. Ebenso erklärt Herr Oberbürgermeister Dr. Reck, dass er auch gegebenenfalls erforderliche Folgebeschlüsse, wie eine Anpassung des integrierten Stadtentwicklungskonzeptes zu Lasten des urbanen Kernbereiches Innenstadt Mitte-Nord von seinem Widerspruchsrecht gegen Stadtratsbeschlüsse Gebrauch machen wird. Begründend legt er dar, dass der Kern der Innenstadt von Dessau seit Jahrzehnten und bis heute mit enormen Herausforderungen konfrontiert ist. Er verweist auf die städtebaulichen Missstände und Brachen, wie beispielsweise die Schadebrauerei, das ehemalige Schulgebäude in der Flössergasse, das ehemalige Einkaufszentrum in der Ra- bestraße und auf den früheren Kristallpalast. Hinzukommt die Krise im Einzelhandel mit dem Wegfall von Karstadt, Leerständen im Rathaus- und Dessau-Center und dem Veränderungsdruck auf Innenstädte durch den Onlinehandel. In Dessau-Roßlau kommt zudem ein gewaltiger Wohnungsleerstand hinzu. Über 6.000 Wohnungen stehen in der Stadt leer. Davon befinden sich etwa 2.500 Wohnungen im Kernstadt- bereich von Dessau, in Mitte-Nord. Der Leerstand ist sichtbar. Davon zeugen Leer- standsquoten von 70 % an der Museumskreuzung, 60 % in der Antoinettenstraße, bis zu 100 % in der Kavalier- und Steinstraße und 60 % in der Friederikenstraße. Mit unserer Demografie- und Bevölkerungsprognose, dem enormen hohen Wohnungs- leerstand, den durch Onlinehandel bedingten Anpassungszwängen von Innenstädten und den bestehenden städtebaulichen Missständen im Stadtzentrum benötigen wir die Kombination von öffentlichen und privaten Investitionen im Stadtzentrum, um voranzukommen. Wichtige Einrichtungen der Daseinsfürsorge, wie Schulen, dürfen nicht aus dem Stadtzentrum in Gebiete mit dem Planungsziel Grünzug und Stadt- folgelandschaft und an den Rand von Gewerbe- und Industriegebieten verlegt werden. Schon gar nicht mit dem Argument, das wäre schneller und einfacher. Das schadet der Stadt und Folgegenerationen über Jahrzehnte.

Bis die Schule fertig sein wird, vergehen mindestens 6 Jahre. Sie wird voraussichtlich im Jahr 2029 fertiggestellt. In den Jahren 2029 und 2030 werden wir 40 Jahre friedliche Revolution bzw. 40 Jahre Deutsche Einheit begehen. Es besteht die greifbare und realistische Chance, zu diesem Jubiläum am Stadteingang Ost eine neue Schule

im Herzen der Stadt eröffnen zu können, mit hoher Wahrscheinlichkeit sogar umgeben von sanierten und neuen Wohnungsbeständen. Davon würden wir auch zur BUGA 2035 profitieren. Die Vorteile eines zentralen Schulstandortes für die Regenbogenschule und die sich daraus ergebenden Synergien für die Schule und unsere Stadt liegen auf der Hand. Der zentrale Schulstandort befindet sich in unmittelbarer Nähe zum bisherigen Schulstandort, womit alle Vorteile für die Regenbogenschule erhalten bleiben, wie die Nähe zum Schillerpark, zum Stadtpark, zur Zerbster Straße, zur Mulde, zum Theater, zur Bibliothek, zum ÖPNV, zum Tierpark und zum Sportplatz.

Die Regenbogenschule verbleibt im Stadtteil Mitte-Nord, in dem sie sich seit Jahrzehnten befindet und sowohl attraktiv, integriert, als auch inklusiv gelegen ist. Im Kern von Mitte-Nord hat die Regenbogenschule für Jahrzehnte einen demografiefesten Standort, der alle Anforderungen an einen integrierten Schulstandort gemäß Stadtentwicklungskonzept erfüllt, da er im Kern der Innenstadt liegt. Die Umsetzung des Schulbauvorhabens wird am zentralen Standort nicht länger dauern als an anderen Standorten, damit für alle Standorte ausreichend Zeit für sämtliche Schritte, wie sozialverträgliche Umzüge, Bauleitplanung und Puffer für Unvorhergesehenes, vorhanden ist. Begleitend werden Investitionen für die umliegenden Wohnungsbestände erfolgen, so dass das Wohngebiet am Stadteingang Ost zeitgleich aufgewertet wird. Die Ergebnisse können im Jubiläum „40 Jahre friedliche Revolution“ und „Deutsche Einheit“ gesehen werden. Bis zur BUGA 2035 erfolgen zudem weitere Investitionen für die Wohnquartiere.

Die Kosten für den zentralen Schulstandort liegen mit 42 Mio. Euro, inklusive der 4 Millionen Euro für den Ankauf von DWG-Flächen, deutlich unterhalb der Kosten von 44 Millionen Euro für den Schulstandort Bernburger Straße. Die DWG, eine 100 %iges städtisches und soziales Unternehmen, erhält 4 Millionen Euro für Investitionen in eigene Wohnungsbestände und muss dafür keine Wohnblöcke an Dritte verkaufen, die ihre Position im Wettbewerb schwächen. Der Erwerb der Flächen wäre für die Stadt als Eigentümer der DWG praktisch kostenneutral, das Geld fließt ihr über die Beteiligung selbst zu und erhöht diese im Wert. Das Fazit lautet daher, dass der zentrale Standortvorschlag klare Vorteile hat. Er ist sozial integriert, inklusiv und wirtschaftlich und bewirkt Synergien. Alle Vorteile des bisherigen Schulstandortes bleiben erhalten und werden verbessert.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck bittet darum, über die Fraktionsvorlage heute nicht abzustimmen, sondern diese bis zur Stadtratssitzung nach der Sommerpause zurückzustellen und der Stadtverwaltung den Auftrag und die Gelegenheit zu geben, eine eigene Beschlussvorlage mit einem innerstädtischen Standort im Zentrum von Dessau in den Stadtrat einbringen zu können.

Frau Ehlert, Fraktion Die Linke, geht auf den Vorwurf ein, dass die Sorgen und Nöte der Kinder nicht verstanden, oder nicht berücksichtigt werden. Sie macht darauf aufmerksam, dass sie bereits im Herbst 2020 den Antrag gestellt hat, einen innerstädtischen Standort für die Regenbogenschule zu finden, weil sie damals zur Se-

kundarschule „An der Biethé“ umziehen sollten. Es wurde erklärt, dass der Standort in der Stadt wegen Therapien und Anlaufpunkten bleiben muss. Es ist nicht nur 2021 passiert, dass niemand den Ruf hören wollte, sondern auch für den Haushalt 2022. Auch da hat die Fraktion Die Linke den Antrag zum Ersatzneubau der Schule für geistig Behinderte gestellt, aber es ist nichts passiert. Es wurden lediglich die 15 Millionen Euro im Haushalt eingestellt. Bereits im Jahr 2021 stand im Haushalt, dass die Beschlussvorlage zur Machbarkeitsstudie vom Amt 40 zum 20.01.2022 vorgestellt wird. Jetzt ist man immer noch nicht weiter. Wer ihr Herzenssache abspricht, sollte sich die Kinderweihnachtsfeier für sozialbedürftige Kinder ansehen, die sie jedes Jahr durchführt. Für sie sind Kinder Herzenssache und werden es auch bleiben. Sie fragt sich, warum die Studie die Beschlüsse des Stadtrates, die schon vorher zur Bernburger Straße gefasst wurden, überhaupt nicht berücksichtigt und fragt, ob diese nicht bekannt waren oder bewusst verschwiegen wurden. Die Schule hat immer einen zentrumsnahen Standort gewollt, den sie durch den 4. Standort bekommen kann. Es könnte ein Zentrum für geistig und körperlich behinderte Kinder geben und das alte Gebäude eventuell für Berufsförderung in den Folgejahren genutzt werden.

Herr Hendrik Weber, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste, merkt zum angekündigten Widerspruch des Oberbürgermeisters an, dass er diesen gelassen sieht, da er auf das Ergebnis der Beschwerde des Stadtrates gegenüber dem Landesverwaltungsamt gespannt ist, weil der Oberbürgermeister keinen Auftrag hatte, eine neue Prüfung durchzuführen. Der Stadtrat hatte eine Prüfung in Auftrag gegeben, die mit dem Vorliegen einer Beschlussvorlage beantwortet ist. Es ist erstaunlich, warum der Oberbürgermeister das Wohl der besonders schutzwürdigen Kinder im Zentrum als notwendig ansieht. Investitionen an dieser Stelle zu tun, um im Zentrum möglichst viele Bürger zu haben, die dort auch einkaufen und die Wirtschaft beleben, befürwortet er, aber den Kindern muss ein Raum gegeben werden, in dem sie geschützt erzogen, unterrichtet und begleitet werden. Laut allen Beschlüssen befindet sich die Bernburger Straße im innerstädtischen Bereich Süd, welcher gleichzeitig Interventionsgebiet ist, in dem zu investieren ist. Die Kinder können dort in einer anderen Ruhe aufgenommen werden. Er verweist auf die Aussage der Beigeordneten in den Ausschüssen, dass der Standort im Zentrum zu teuer ist, weshalb er der Aussage des Oberbürgermeisters widerspricht. Auch die Aussage des Oberbürgermeisters, dass es sich um einen kommunalen Standort handelt, widerspricht er, da die DWG eine Gesellschaft privatrechtlicher Art ist und das Grundstück gekauft werden muss, was die Kosten erhöht und in der Bernburger Straße besteht diese Problematik nicht.

Einen rechtlichen Grund der Beanstandung des Beschlusses zum Standort Bernburger Straße sieht er nicht, deshalb sollte der Oberbürgermeister das noch einmal gemeinsam mit den Beigeordneten und dem Rechtsamt prüfen.

Niemand hat etwas gegen Stadtentwicklung und die Stärkung der Innenstadt, bemerkt **Frau Perl, Fraktion SPD**. Der vom Oberbürgermeister eingebrachte 4. Standort ist mit erheblichen Risiken behaftet, da dort Menschen wohnen. Die Rechtsprechung stellt eine Mietwohnung unter einem besonderen Schutz. Deshalb hat der Gesetzgeber die Möglichkeit eröffnet, für jeden, dem eine Kündigung des Mietverhältnisses

nisses droht, Widerspruch einzulegen. Es gibt viele Möglichkeiten, wie soziale Gründe, Altersgründe, Schwangerschaft etc. Wenn ein Mieter sich stur stellt, gibt es keinen 4. Standort. Es besteht auch eine Erwartungshaltung gegenüber den Eltern und den Kindern. Stadtentwicklung bedeutet auch, dass die Interessen von den Wirtschaftsjunioren, von den Mietern u. a. gegeneinander abgewogen werden. Die Bernburger Straße muss es deshalb sein, weil diese frei ist und dort schnellstmöglich die Planung begonnen werden kann. An die Thematik Friedhofstraße und Y-Häuser erinnernd, verweist sie darauf, dass es nicht einfach ist, etwas abzureißen und Mieter zu kündigen.

Herr Berghäuser, Fraktion Die Linke, stellt den **Geschäftsordnungsantrag** auf Ende der Debatte.

Herr Fricke, Fraktion SPD, führt an Herrn Schönemann gerichtet aus, dass er gesagt hat, es geht ihm um die Kinder. Dann hat er einen Redebeitrag abgeliefert, in dem es gar nicht um die Kinder ging, sondern wieder um die Stadtentwicklung, was Lippenbekenntnisse sind. Auch der Oberbürgermeister hat sich mit Städtebau, Stadt- und Quartiersentwicklung in seinem Beitrag beschäftigt und die BUGA angesprochen. Auf einen Zeitungsartikel eingehend, legt er dar, dass er als Stadtrat nicht alles der BUGA unterzuordnen hat, wie Herr Kirschner meint und schon gar nicht ein solches Thema. Herr Weber hat zu Recht darauf hingewiesen, dass die Stadträte mehrfach zu den Kosten von Frau Bürgermeisterin Lohde andere Auskünfte erhalten haben. Zuletzt bestand darüber Einigkeit, dass der vierte Standort nach jetziger Betrachtungsweise 2,2 Mio. Euro teurer ist. Wo jetzt die 44 Mio. Euro für die Bernburger Straße herkommen, erschließt sich ihm nicht.

Er hätte nicht gedacht, dass der Oberbürgermeister so weit geht und versucht, diesen Stadtrat zu nötigen, eine Entscheidung in seinem Sinne zu treffen. So betrachtet er die Ankündigung eines möglichen Widerspruchs. Nach der Regelung im KVG kann der Oberbürgermeister einen Beschluss widersprechen, wenn dieser für die Kommune nachteilig ist. Er muss es aber nicht. Müssen tut er das nur, wenn er meint, dass dieser rechtswidrig ist. Der Oberbürgermeister widerspricht aber, weil die getroffene politische Entscheidung nicht seinem politischen Willen entspricht. Der Oberbürgermeister wird begründen müssen, dass der Stadtrat inhaltlich seine Kompetenzen zum Nachteil der Stadt materiell überschritten hat. Nicht jede Entscheidung, die der Oberbürgermeister nicht haben möchte, berechtigt ihn zum Widerspruch. Er ist nicht bereit, sich dieser Verfahrensweise unterzuordnen und hofft, dass sich der Stadtrat nicht von der Drohung des Oberbürgermeisters einschüchtern lässt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck merkt an, dass der Widerspruch keine Drohung, sondern ein demokratisches Mittel ist und rechtzeitig angekündigt wurde, dass er davon Gebrauch machen wird. Ebenfalls wurden die Gründe dargelegt.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf**, bringt den vorliegenden **Antrag des Oberbürgermeisters**

„1. Die Fraktionsvorlage wird bis zum Stadtrat nach der Sommerpause zurückgestellt. 2. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Beschlussvorlage mit einem innerstädtischen Standort im Zentrum von Dessau in den Stadtrat nach der Sommerpause einzubringen“ zur Abstimmung.

Herr Fricke, Fraktion SPD, stellt die Frage, ob das zulässig ist, da heute bereits über einen Antrag entschieden wurde, die Beschlussvorlage zu verschieben, welcher abgelehnt wurde.

Der Antrag der zum Anfang der Sitzung gestellt wurde, lautete, die Beschlussvorlage generell, ohne Diskussion, von der Tagesordnung zu nehmen, erwidert **Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates**. Die Tagesordnung wurde anders beschlossen. Jetzt wurde diskutiert und es gibt einen Antrag, die Beschlussvorlage bis nach der Sommerpause zurückzustellen.

Der **Antrag des Oberbürgermeister**, wie von Herrn Rumpf verlesen, wird mehrheitlich (12:22:05) **abgelehnt**.

Während der Behandlung des Tagesordnungspunktes erscheint Herr Puttkammer, Fraktion CDU, zur Sitzung. (40) Herr Mähne, Fraktion AfD, verlässt während der Diskussion und vor der Abstimmung der Beschlussvorlage die Sitzung.(39)

Beschluss:

Als zukünftiger Standort der Schule für geistig Behinderte (Regenbogenschule) wird das Areal „Bernburger Straße“ (ehemaliger Schulstandort) festgelegt. Die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich alle Schritte einzuleiten, die für eine möglichst zügige bauliche Herstellung des neuen Schulstandorts erforderlich sind.

Abstimmungsergebnis: 23:06:10

7.2 Wahl der Vertrauenspersonen für den Schöffenwahlausschuss 2023 Vorlage: BV/111/2023/I-30

Gegen den Vorschlag des **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Rumpf**, die Wahl offen durchzuführen, erfolgt seitens der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder des Stadtrates kein Widerspruch.

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, ruft die zu wählenden Vertrauens- und Ersatzpersonen einzeln und in alphabetischer Reihenfolge auf.

Ergebnis der Wahl:

Vertrauenspersonen für den Schöffenwahlausschuss 2023

Graul, Marcel – 39:00:00
Lucas, Bianca – 39:00:00
Ochmann, Doreen – 39:00:00
Rokitta, Dominic – 39:00:00
Täschner, Franziska – 39:00:00
Tuchel, Matthias – 39:00:00
Wolf, Hannes – 39:00:00

Ersatzpersonen

Lange, Margitta – 39:00:00
Prössel, Manuela – 39:00:00

Somit sind die genannten Personen für den Schöffenwahlausschuss gewählt.

Beschluss:

Der Stadtrat wählt die in der Anlage genannten Personen zu Vertrauenspersonen für den Schöffenwahlausschuss beim Amtsgericht Dessau-Roßlau.

7.3 Neubesetzung des Ausschusses für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung Vorlage: BV/157/2023/I-07

Herr Focke, Fraktion CDU, verlässt zu Beginn der Behandlung des Tagesordnungspunktes die Sitzung. (38)

Beschluss:

Auf Vorschlag der Freien Fraktion Dessau-Roßlau wird die Besetzung des Ausschusses für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung wie folgt geändert:

Frau Britta Grahneis scheidet als stimmberechtigtes Mitglied aus. Neues stimmberechtigtes Mitglied wird Herr Hans-Peter Dreibrodt.

Abstimmungsergebnis: 37:01:00

Im Anschluss wird vom 18:00 Uhr bis 18:20 Uhr eine Pause durchgeführt.

Während der Pause verlassen Herr Eichelberg, Fraktion SPD, (37) und Herr Picek, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, die Sitzung. (36)

7.4 Eintrittspreise und Entgelte für die kommunalen Bäder Sportbad Dessau, Gesundheitsbad und Erlebnisbad Roßlau Vorlage: BV/019/2023/I-52

Herr Günther Dreibrodt, Freie Fraktion Dessau-Roßlau, verweist darauf, dass die Bewegung im Wasser eine große Rolle bei der Gesunderhaltung der Bürger spielt. Unter anderem wird der ständigen Zunahme des Bewegungsmangels und der fortschreitenden Gewichtszunahme für die Kinder und Jugendlichen entgegengewirkt. Bei einem Vergleich der Eintrittspreise mit anderen Städten muss festgestellt werden, dass der Eintrittspreis in Magdeburg lediglich 2,50 pro Stunde beträgt. In Dessau-Roßlau wird eine Erhöhung auf 4,00 Euro pro Stunde geplant, was eine Steigerung gegenüber Magdeburg von 60 % ist. Mit dem Tagesticket unserer Stadt ist eine Steigerung um 50 % vorgesehen. Aus sozialen Gründen wird eine Steigerung der Eintrittspreise und Entgelte für die kommunalen Bäder seitens der Freien Fraktion Dessau-Roßlau abgelehnt. Durch die Ablehnung der Beschlussvorlage soll ein klares Votum zum Wohle der Bürger gesetzt werden.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, legt dar, dass die gegenwärtige politische Entwicklung Verwerfungen in den Alltag der Familien bringen. Deshalb wird die Fraktion Die Linke jeder Art der Verschlechterung von Lebensqualität in der Stadt Dessau-Roßlau zukünftig eine Absage erteilen und dementsprechend gegen diese Vorlage stimmen.

Herr Mrosek, Fraktion AfD, schließt sich den Vorrednern an. An Frau Beigeordnete Hachmann stellt er die Frage, ob es Personen gibt, die kostenfreien Eintritt in die Bäder haben, wie z. B. Migranten und Flüchtlinge.

Frau Hachmann, Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Senioren, erwidert, dass es die sogenannte Ehrenamtskarte gibt, die für alle gilt. Natürlich engagieren sich ehrenamtlich auch Menschen mit Migrationshintergrund. Ermäßigungen oder freien Eintritt nur für Geflüchtete oder Migranten gibt es nicht. Sie kann noch einmal prüfen lassen, ob es vom Sozialamt für neuaufgenommene Geflüchtete entsprechende Regelungen gibt. Sie sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Kellner, Fraktion CDU, bemerkt, dass die Beschlussvorlage in den vorbereitenden Gremien, außer in der OB-Dienstberatung, zurückgestellt wurde.

Die Dienstberatung hat die Beschlussvorlage für die Gremienberatung freigegeben, deshalb ist sie in den Fachausschüssen beraten worden, entgegnet **Herr Oberbürgermeister Dr. Reck**. Die Möglichkeit der Zurückstellung besteht auch heute.

Frau Perl, Fraktion SPD, verweist auf den Sozialpass für Wohngeldempfänger und Empfänger von Leistungen nach dem SGB II. Dieser beinhaltet auch die städtischen

Bäder. Es sollte überprüft werden, ob alle städtischen Bäder erfasst sind. Aus sozialen Gründen, weil die Möglichkeit des Sozialpasses besteht, würde sie die Beschlussvorlage nicht ablehnen.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, verweist auf ein Gespräch mit Herrn Kellner über inhaltliche Probleme, wie die Berücksichtigung der Kinder in den Feuerwehren und deren Würdigung, was ihr gesellschaftliches Engagement betrifft.

Herr Kellner, Fraktion CDU, bittet darum, in die Beschlussvorlage aufzunehmen, dass die Kameradinnen und Kameraden, die Kinder und Jugendlichen, in den Feuerwehren, kostenlosen Eintritt zu den Dessau-Roßlauer Schwimmbädern erhalten. Bisher ist es so geregelt, dass alle aktiven Kameraden 1 Stunde pro Tag kostenlos schwimmen gehen können. Als Würdigung des Ehrenamtes, es ist auch die Ehrenamtskarte angesprochen worden, sollte das mit aufgenommen werden.

Herr Fackiner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste, erklärt, dass im Zusammenhang mit der Verantwortung für die gesamte Stadt die Fraktion die Erhöhung der Eintrittspreise mitträgt. Es sind keine kostendeckenden Beiträge, sondern die einzelnen Anlagen werden trotzdem gefördert. Die Handlungsfähigkeit der Stadt ist wichtig, weshalb die Fraktion der Vorlage zustimmen wird.

Herr Hans-Peter Dreibrodt, Freie Fraktion Dessau-Roßlau, merkt an, dass viele Kostensteigerungen nicht beeinflusst werden können, aber hier diese Möglichkeit besteht. Zum angesprochenen Sozialpass verweist er darauf, dass es nicht viele Empfänger gibt und an die große Mehrheit gedacht werden muss. Er bittet darum, diese Vorlage abzulehnen.

Herr Kellner, Fraktion CDU, stellt den Antrag, in die Beschlussvorlage die kostenfreie Nutzung der städtischen Bäder für die Kameradinnen und Kameraden der Feuerwehren aufzunehmen.

Herr Ulbrich, Beigeordneter für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung zieht unter Berücksichtigung des Antrages von Herrn Kellner die Beschlussvorlage zurück.

Die Beschlussvorlage wird zurückgezogen.

7.5 Konzeption zur Prävention von häuslicher Gewalt und Hilfen für Betroffene in der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/331/2022/I-GSB

Herr Hoffmann, Fraktion Die Linke, bittet darum, die im Ausschuss für Gesundheit, Bildung, und Soziales vorgetragene Statistik, welche Vorfälle es gibt und welche Dimensionen das hat, der heutigen Niederschrift als Anlage beizufügen. Des Weiteren bittet er darum, schnellstmöglich einen aktualisierten Sozialbericht vorzulegen, da der letzte Bericht aus dem Jahr 2017 stammt.

Frau Heß, Gleichstellungsbeauftragte, sagt die Zustellung der Statistik als Anlage zu dieser Niederschrift zu.

Beschluss:

Die Stadt Dessau-Roßlau beschließt das Rahmenkonzept zur Prävention von häuslicher Gewalt und Hilfen für Betroffene in der Stadt Dessau-Roßlau mit dem Ziel, die Angebote in diesem Themenbereich sichtbarer zu machen und zukünftig noch verzahnter zusammenzuarbeiten.

Abstimmungsergebnis: 36:00:00

7.6 Feststellung Jahresabschluss 2021 des Eigenbetriebes Stadtpflege Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/269/2022/II-EB

Beschluss:

Der mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss zum 31. Dezember 2021 sowie der Lagebericht 2021 des Eigenbetriebes „Stadtpflege“ mit einer Bilanzsumme in Höhe von EUR 22.750.061,67 und einem Jahresfehlbetrag in Höhe von EUR 233.602,88 wird festgestellt.

Abstimmungsergebnis: 36:00:00

7.7 Ergebnisverwendung aus dem Jahresabschluss 2021 des Eigenbetriebes Stadtpflege
Vorlage: BV/270/2022/II-EB

Beschluss:

1. Ergebnisverwendung

Der Jahresverlust des Jahres 2021 beträgt EUR 233.602,88

An den Haushalt des Aufgabenträgers werden abgeführt

a) die Eigenkapitalverzinsung 2021 in Höhe von EUR 148.559,11

b) das Ergebnis der haushaltsfinanzierten Bereiche/Sonstige in Höhe von EUR 80.528,09

Es wird ein Betrag in Höhe von EUR 411.073,53 in die Gewinnrücklage eingestellt.

2. Rücklagenverwendung

- Aus der allgemeinen Rücklage wird ein Betrag in Höhe des Differenzbetrages 2021 aus der Vereinnahmung Grabstellengebühren nach HGB und KAG-LSA von EUR 278.228,75 entnommen.

- Aus den zweckgebundenen Rücklagen wird ein Betrag in Höhe des Jahresverlustes 2021 des Bereiches Nachsorge Deponie von EUR 94.322,13 entnommen.

Abstimmungsergebnis: 36:00:00

7.8 Entlastung der Betriebsleiterin des Eigenbetriebes Stadtpflege der Stadt Dessau-Roßlau für das Jahr 2021
Vorlage: BV/271/2022/II-EB

Beschluss:

Die Betriebsleiterin des Eigenbetriebes Stadtpflege der Stadt Dessau-Roßlau wird für das Jahr 2021 entlastet.

Abstimmungsergebnis: 36:00:00

- 7.9 Corona-Beihilfen 2022 und 2023 sowie Ausgleich 9 €-Ticket und Deutschlandticket im Öffentlichen Personennahverkehr – ÖPNV Rettungsschirm (ÖPNV)
Vorlage: BV/035/2023/III-66**

Beschluss:

Genehmigung einer außerplanmäßigen Aufwendung für das Haushaltsjahr 2023 in Höhe von 2.100.000 € zur Weiterleitung von Zuwendungen des Landes Sachsen-Anhalt an das mit gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen betraute Verkehrsunternehmen Dessauer Verkehrsgesellschaft mbH (DVG) und Dessauer Verkehrs- und Eisenbahngesellschaft mbH (DVE). Die Mehrausgaben werden zu 100% aus Zuweisung des Landes gedeckt.

Abstimmungsergebnis: 36:00:00

- 7.10 Maßnahmebeschluss zur Umsetzung von Vorhaben zur Modernisierung der städtischen Außen- und Verkehrsbeleuchtung in den Jahren 2023 - 2026 mittels hocheffizienter, vernetzt geregelter LED-Technologie
Vorlage: BV/094/2023/III-66**

Beschluss:

1. In den Jahren 2023 - 2026 erfolgt die Modernisierung der Straßenbeleuchtungsanlagen auf hocheffizient vernetzt geregelte LED-Technologie mit einem Gesamtwertumfang von 3.088.000 €. Pro Jahresscheibe werden 772.000 €, unter der Voraussetzung der Aufnahme der finanziellen Mittel in den Haushalt der Stadt, verausgabt. Die fachliche Planung und bauseitige Umsetzung erfolgt durch den Stadtpflegebetrieb.
2. Die einzelnen Abschnitte innerhalb eines Haushaltsjahres bestehen aus in sich geschlossenen, funktionsfähigen Projekten. Für alle Projekte erfolgt die Prüfung der Förderfähigkeit im Rahmen der nationalen Klimaschutzinitiative (BMU-Kommunalrichtlinie). Entsprechende Anträge werden durch den Stadtpflegebetrieb spezifisch gestellt. Die Erfüllung der technischen Vorgaben Klimaschutz ist anzustreben.
3. Grundlage der Gestaltung der Beleuchtungsanlagen bilden die bereits geltenden Beschreibungen für die Leuchtenkategorien technisch und dekorativ. Hier wird auf die bereits über mehr als 10 Jahre eingesetzten Typen Alfons,

Richard und Clara zurückgegriffen, da sich diese Modelle mehr als tausendfach bewährt haben. Das bereits vorhandene Steuerungssystem „esave-SLcontrol“ inklusive der Webplattform wird weiterverfolgt und im Rahmen der Maßnahme ausgebaut.

4. Im Haushaltsjahr 2023 sollen die bereits im Jahr 2020 durch ein Gemeinschaftsprojekt der HS Anhalt mit der Stadt installierten 694 LED-Lichtpunkte auf vernetzte benutzerabhängige Steuerung „aufgerüstet“ werden, um die Einsparungspotentiale der neuen Leuchten vollumfänglich zu heben.

Abstimmungsergebnis: 36:00:00

**7.11 Änderung des Grund- und Arbeitspreises für Trinkwasser im Preisblatt der Dessauer Wasser- und Abwasser GmbH (DESWA)
Vorlage: BV/098/2023/III-66**

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, und Herr Mrosek, Fraktion AfD, erklären für ihre Fraktionen die Ablehnung der Vorlage, da alles was für die Bevölkerung vertuernd wirkt, nicht unterstützt wird, was auch für die weiteren Beschlussvorlagen, die Preiserhöhungen betreffen, gilt .

Herr Fricke, Fraktion SPD, bemerkt, dass es keinem wirklich leicht fällt, solchen Erhöhungen zuzustimmen. Aber so einfach ist das nicht, denn auch die Wasserversorgung verbraucht Energie, die Löhne dort sind gestiegen und Leitungsnetze müssen saniert werden. Bezüglich der weiteren Vorlagen, die Preiserhöhung betreffen, verweist er auf die in den Begründungen stehenden Zahlen. Die SPD-Fraktion wird der Vorlage zustimmen, da keine andere Alternative gesehen wird.

Während der Behandlung des Tagesordnungspunktes verlässt Herr Weber, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste, die Sitzung. (35)

Beschluss:

Das Preisblatt für Trinkwasser der Dessauer Wasser- und Abwasser GmbH wird mit Wirkung zum 01.07.2023 beschlossen. Der Arbeitspreis für Trinkwasser wird von derzeit 1,95 EUR/m³ (netto)/2,09 EUR/m³ (brutto) erhöht auf 2,36 EUR/m³ (netto)/2,53 EUR/m³ (brutto), gleichzeitig erfolgt eine Grundpreiserhöhung in Abhängigkeit der Zählergröße gemäß Anlage 2.

Abstimmungsergebnis: 18:13:04

**7.12 Kalkulation der Entgelte für die dezentrale Abwasserentsorgung
Vorlage: BV/099/2023/III-66**

Beschluss:

Die in der Anlage beigefügte Kalkulation der Abwasserentgelte für die Entsorgung dezentraler Abwasserbeseitigungsanlagen wird als Bestandteil der „Allgemeinen Bestimmungen für die Entwässerung und die Entgelte der Dessauer Wasser- und Abwasser GmbH“ zum 01.07.2023 beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 21:14:00

**7.13 Kalkulation der Abwasserentgelte der Dessauer Wasser- und Abwasser GmbH
für den Zeitraum vom 01.01.2023 bis 31.12.2025 als Bestandteil der
Allgemeinen
Bestimmungen für die Entwässerung und die Entgelte der Dessauer
Wasser- und Abwasser GmbH (ABE).
Vorlage: BV/100/2023/III-66**

Herr Berghäuser, Fraktion Die Linke, bittet den Vorsitzenden des Stadtrates, darum, die Anwesenheit darzustellen und bei den Abstimmungen die Enthaltungen zu nennen, da es Irritationen gibt.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf**, erwidert, dass laut der Geschäftsordnung nur die Mehrheit bei der Stimmenabgabe gezählt wird. Er gibt die derzeitige Anwesenheit von 35 stimmberechtigten Mitgliedern des Stadtrates bekannt.

Beschluss:

Die in der Anlage beigefügte Kalkulation der Abwasserentgelte der Dessauer Wasser- und Abwasser GmbH für den Zeitraum vom 01.01.2023 bis zum 31.12.2025 wird als Bestandteil der "Allgemeinen Bestimmungen für die Entwässerung und die Entgelte der Dessauer Wasser- und Abwasser GmbH" zum 01.07.2023 bestätigt.

Abstimmungsergebnis: 19:16:00

- 7.14 Änderung der Satzung über die Abwasserbeseitigung und den Anschluss an die öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlagen der Stadt Dessau-Roßlau (Abwassersatzung) vom 01.07.2023 sowie die Allgemeinen Bestimmungen für die Entwässerung und die Entgelte der Dessauer Wasser- und Abwasser GmbH vom 01.07.2023 (ABE)
Vorlage: BV/102/2023/III-66**

Beschluss:

Die Änderung der Satzung über die Abwasserbeseitigung und den Anschluss an die öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlagen der Stadt Dessau-Roßlau (Abwassersatzung) sowie die Änderung der Allgemeinen Bestimmungen für die Entwässerung und die Entgelte der Dessauer Wasser- und Abwasser GmbH (ABE) werden beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 19:15:01

- 7.15 Förderantrag für Klimaanpassungsmaßnahmen im Georgengarten
Vorlage: BV/123/2023/III-67**

Herr Kaßner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste, stellt fest, dass die Beschlussvorlage nicht im Stadtbezirksbeirat Ziebigk/Siedlung, dessen Vorsitzender er ist, behandelt wurde und auch nicht im Ausschuss für Bürgeranliegen, öffentliche Sicherheit und Umwelt. Er stellt die Frage, wer entscheidet, welche Vorlagen in welchen Ausschüssen zu behandeln sind und bittet um Prüfung, ob die Beschlussvorlagen in den richtigen Ausschüssen behandelt werden. Er würde es begrüßen, wenn diese Beschlussvorlage zur Information dem Stadtbezirksbeirat Ziebigk/Siedlung **Frau Bürgermeisterin Lohde** sagt die Umsetzung der von Herrn Kaßner vorgebrachten Hinweise zu.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, bemerkt, es gibt eine Reihe von Fakten, die klimapolitisch diese Stadt betreffen. Zwar gibt es seit einigen Jahren einen Klimamanager. Bis heute liegt aber keine grundlegende Analyse des Sachstandes, die sich auf die Gemarkung Dessau-Roßlau konzentriert und aus der die nächsten Schritte abgeleitet werden können, vor.

Beschluss:

1. Der Stadtrat stimmt der Antragstellung auf Förderung für Klimaanpassungsmaßnahmen im Georgengarten mit einem Mitteleinsatz in Höhe von ca. 1,4 Mio. EUR, finanziert aus 210.000 EUR Eigenmitteln und 1.190.000 EUR Fördermitteln in den Jahren 2023 bis 2026 zu.
2. Die dafür benötigten Finanzierungsmittel werden in die Haushaltsplanung 2024 bis 2026 aufgenommen.
3. Im laufenden Haushalt stehen zur Finanzierung keine Mittel bereit. Um erste Planungsleistungen bereits 2023 zu finanzieren, müssen 46,3 TEUR außerplanmäßig zur Verfügung gestellt werden. Eine Deckungsquelle ist nach § 105 KVG LSA zu benennen.

Abstimmungsergebnis: 35:00:00

7.16 Freigabe der Aufgabenstellung und Durchführung der Planungsausschreibung zum „Stadteingang Ost - Umgestaltung der Mühleninsel“ Vorlage: BV/115/2023/III-67

Die Beschlussvorlage wurde von der Tagesordnung genommen.

7.17 Energie- und klimapolitisches Leitbild Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: BV/039/2023/III-KSM

Herr Fackiner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste, kündigt an, dass die Fraktion die Untersetzung des Klimamanagement und des Energiemanagements in den Haushaltsberatungen genau verfolgen wird. Auch im Aufsichtsrat der Stadtwerke wurde betont, wie wichtig diese Ansprechpartner in der Verwaltung sind.

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt das Energie- und klimapolitische Leitbild der Stadt Dessau-Roßlau.
2. Die Stadt Dessau-Roßlau setzt sich zum Ziel spätestens bis 2045 Treibhausgasneutralität zu erreichen, für den Bereich der Stadtverwaltung spätestens bis 2040.

3. Darüber hinaus wird das Dezernat für Bauen und Stadtgrün beauftragt, bis spätestens zur Aufstellung des Haushaltes 2024 konkrete Vorschläge zur zielkonformen Umsetzung des Energie- und klimapolitischen Leitbildes vorzulegen

Abstimmungsergebnis: 29:06:00

7.18 **Kalkulation zur Änderung der Kostensatzung der Volkshochschule der Stadt Dessau-Roßlau** **Vorlage: BV/088/2023/IV-40**

Nach Erläuterungen zur Beschlussvorlage durch die **Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugenden und Senioren, Frau Hachmann**, bezieht sich **Herr Geiger, fraktionslos**, auch auf den folgenden Tagesordnungspunkt und führt aus, dass die Volkshochschule hauptsächlich von Menschen genutzt wird, die Bildung nach der Schule nachholen möchten. Bildung ist vielfach eine Frage der finanziellen Mittel. Geld darf keine Hürde darstellen, um sich weiter bilden zu können. Da in vielen Bereichen ein großes Bildungsdefizit besteht, bittet er darum, die Folgevorlage, in der es um die Änderung der Kosten geht, abzulehnen.

Frau Beigeordnete Hachmann bestätigt, dass die Bildung ein wichtiges Thema ist. Die Volkshochschulen übernehmen kostengünstig einen besonderen Auftrag, auch Angebote für Senioren, oder interessierte Personen und nicht nur für Menschen, die nach der Schule noch Angebote brauchen. Weil diese Angebote kostengünstig bleiben sollen, muss dafür gesorgt werden, dass die Volkshochschule gesichert ist.

Herr Herbst, Fraktion CDU, berichtet als Vorsitzender des Beirates der Volkshochschule, dass im Beirat auch über die Preise diskutiert wurde. Er bittet Herrn Geiger, sich anzusehen, was in der Volkshochschule alles angeboten wird. Die Kräfte, die dort Kurse anbieten, erhalten nur einen Bruchteil dessen, was an Kostenerhöhungen kommt. Der Rest geht natürlich an den Unterhalt des Hauses. Er bittet darum, diesen moderaten Kosten zuzustimmen.

Herr Präger, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste, erscheint zur Sitzung. (36)

Beschluss:

Die Kalkulation zur Änderung der Kostensatzung der Volkshochschule der Stadt Dessau-Roßlau wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 27:06:03

7.19 Änderung der Kostensatzung der Volkshochschule der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/087/2023/IV-40

Beschluss:

Die Änderung der Kostensatzung der Volkshochschule der Stadt Dessau-Roßlau wird beschlossen. Die Satzung tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Abstimmungsergebnis: 29:06:01

7.20 Namensänderung der Sekundarschule an der Biethe in "Sekundarschule Roßlau"
Vorlage: BV/068/2023/IV-40

Als Mitglied des Fördervereins der Biethe-Schule in Roßlau gibt **Herr Geiger, fraktionslos**, die Bitte der Schulleitung zur Zustimmung der Beschlussvorlage weiter.

Er findet die jetzige Namensnennung einfallslos und traurig, da es lokale Größen, wie die Gebrüder Sachsenberg, oder einen Bandhauer gibt, die von Bedeutung sind, bemerkt **Herr Hans-Peter Dreibrodt, Freie Fraktion Dessau-Roßlau**. Deshalb wird er der Vorlage nicht zustimmen.

Frau Müller, Fraktion CDU, schließt sich den Ausführungen von Herrn Dreibrodt an und erklärt, dass der Ortschaftsrat schon vor 2 Jahren mit dem Elternbeirat und dem Lehrerkollegium darüber diskutiert und den Namen „Gebrüder Sachsenberg“ vorgeschlagen hat. Leider konnte man sich damit nicht durchsetzen.

Beschluss:

Die Stadt Dessau-Roßlau als Schulträger vergibt der bisherigen Sekundarschule an der Biethe nach dem vollständigen Umzug aus der Mitschurinstraße in die Goethestraße den neuen Namen „Sekundarschule Roßlau“.

Abstimmungsergebnis: 22:12:02

-
- 7.21 Erhöhung des Beförderungsentgeltes im Tarifgebiet der Dessauer Verkehrsgesellschaft mbH**
Vorlage: BV/112/2023/V-32

Beschluss:

Es wird die Erhöhung des Beförderungsentgeltes um durchschnittlich 15 % im Tarifgebiet der Dessauer Verkehrsgesellschaft mbH beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 19:14:03

- 7.22 Maßnahmebeschluss zur Beschaffung einer Drehleiter für die Freiwillige Feuerwehr Roßlau im Jahr 2025 und Beschluss einer Verpflichtungsermächtigung für das Jahr 2023**
Vorlage: BV/080/2023/V-37

Beschluss:

1. Die Beschaffung einer Drehleiter für die Freiwillige Feuerwehr Roßlau in Höhe von 1.000.000 EUR wird beschlossen.
2. Für die Maßnahme erfolgt der Beschluss einer Verpflichtungsermächtigung für das Jahr 2023.

Abstimmungsergebnis: 36:00:00

- 7.23 Maßnahmebeschluss zur Beschaffung eines Löschgruppenfahrzeuges für die Freiwillige Feuerwehr Mildensee im Jahr 2025 und Beschluss einer Verpflichtungsermächtigung für das Jahr 2023**
Vorlage: BV/082/2023/V-37

Beschluss:

1. Die Beschaffung eines Löschgruppenfahrzeuges für die Freiwillige Feuerwehr Mildensee i. H. v. 450.000 EUR wird beschlossen.
2. Für die Maßnahme erfolgt der Beschluss einer Verpflichtungsermächtigung für das Jahr 2023.

Abstimmungsergebnis: 36:00:00

- 7.24 Beschaffung eines Tanklöschfahrzeuges für die Berufsfeuerwehr Dessau-Roßlau im Jahr 2025 und Beschluss einer Verpflichtungsermächtigung für das Jahr 2023**
Vorlage: BV/083/2023/V-37

Beschluss:

1. Die Beschaffung eines Tanklöschfahrzeuges für die Berufsfeuerwehr Dessau-Roßlau i. H. v. 550.000 EUR wird beschlossen.
2. Für die Maßnahme erfolgt der Beschluss einer Verpflichtungsermächtigung für das Jahr 2023.

Abstimmungsergebnis: 36:00:00

- 7.25 Änderung der Geschäftsordnung**
Vorlage: FV/013/2023/V-StR

Die Beschlussvorlage wurde von der Tagesordnung genommen.

- 7.26 Etablierung eines Lehramtsstudiums für die Grund- und Sekundarstufe 1 an der Hochschule Anhalt am Standort Dessau-Roßlau - Bildungscampus Dessau-Roßlau**
Vorlage: FV/010/2023/StR

Beschluss:

Der Stadtrat unterstützt die Bemühungen der Hochschule Anhalt zur Etablierung des Dessau-Roßlauer Modells zum Lehramtsstudium der Grund- und Sekundarstufe 1. Der Oberbürgermeister wird gebeten, dies der Landesregierung mitzuteilen und dort um Unterstützung für die Einführung des Studiengangs zu werben.

Abstimmungsergebnis: 36:00:00

7.27 Baumpatenschaften
Vorlage: FV/011/2023/CDU

Beschluss:

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung:

1. ein Spendenkonto für Baumneuanpflanzungen einzurichten. Die eingezahlten Gelder sind zweckgebunden zur zusätzlichen Begrünung zu verwenden.
2. In Zusammenhang mit dem Spendenkonto für Baumneuanpflanzungen der Stadtpflege, ist eine umfassende Informations- und Werbekampagne durch die Stadtverwaltung durchzuführen, um den Dessauerinnen und Dessauern die Möglichkeit zu geben, selbst einen Beitrag zu mehr Lebensqualität in unserer Stadt zu leisten. Es soll dabei auch Bürgern und Unternehmen die Möglichkeit eingeräumt werden, ganz gezielt für Anpflanzungen auf bestimmten Flächen spenden zu können.
3. Es soll für die Spenderinnen und Spendern auch die Möglichkeit bestehen, nicht nur Namen zu nennen, sondern auch einen persönlichen Widmungstext zu verfassen, z.B. anlässlich einer Geburt, Hochzeit, Geburtstag u.ä.
4. Baumpatenschaften können zudem für bereits bestehende Bäume abgeschlossen werden. Die Patenschaft umfasst dabei bestimmte Aufgaben wie z.B. Gießen bei jungen Bäumen, Bodenlockerungen und insbesondere auch die Beobachtung der Bäume, ob Schäden oder Beeinträchtigungen auftreten. Die Baumpflege, Düngung und Baumschnitt werde weiterhin von der Stadtpflege übernommen. Die Patenschaft wird durch eine Urkunde dokumentiert.
5. Welche Baumarten verwendet werden und welche Gebiete der Stadt bepflanzt werden, ist durch die Stadtverwaltung festzulegen!

Abstimmungsergebnis: 35:00:01

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf**, beendet den öffentlichen Teil der Sitzung und stellt Nichtöffentlichkeit her.

10 Schließung der Sitzung

Die Sitzung wird durch seinen Vorsitzenden, Herrn Rumpf, um 19:20 Uhr geschlossen.

Dessau-Roßlau, 21.09.23

Frank Rumpf
Vorsitzender Stadtrat

Schritfführer